



Alternativantrag

der Fraktionen von **CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP**

zu „Europäisches Jahr der Jugend 2022 zur Chance für junge Menschen in Schleswig-Holstein und im gesamten Ostseeraum machen“ (Drs. 19/3404)

Mit der Jugend die Krise überwinden

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt die vielzähligen Aktivitäten der Landesregierung zur Stärkung der Jugendzusammenarbeit in Schleswig-Holstein in den letzten Jahren, unabhängig vom Europäischen Jahr der Jugend:

- Beteiligung an und Ausrichtung von speziellen Formaten für Jugendliche, wie der BSSSC, dem Baltic Sea Youth Camp, sowie der Etablierung der Baltic Sea Youth Platform mit den daraus resultierenden zahlreichen Aktivitäten.
- Das ERASMUS+-Projekt, dessen strategische Partnerschaft neben dem Ostseerat weitere panbaltische Organisationen, nationale Jugendorganisationen und -verbände umfasst. Bereits im ersten Projektjahr beteiligten sich weitere 25-30 assoziierte Partner, u. a. der Landesjugendring Schleswig-Holstein.
- Die Förderung des internationalen außerschulischen Jugendaustausches zur Intensivierung der interkulturellen Begegnung junger Menschen aus Schleswig-Holstein, insbesondere mit Menschen aus der Europäischen Union und den Ostseeanrainerstaaten.
- Die finanzielle Beteiligung an Projekten der Demokratieförderung, sowie der Aus- und Fortbildung von Fachkräften für Kinder- und Jugendbeteiligung.
- Die Stärkung des europäischen Bildungsraumes durch Personalaufstockung im Bereich der Internationalisierung in den berufsbildenden Schulen.

- Die Beantragung einer Konsortiums-Akkreditierung für das Erasmus+-Programm 2021-2027, um den Austausch mit allen Lehrkräften und in allen Bildungsgängen der beteiligten Schulen durchzuführen.

Der Landtag erkennt an, dass die Coronapandemie junge Menschen in besonderer Weise hart getroffen und psychisch belastet hat. Dieses betrifft Schule, Berufsausbildung und Studium genau wie das soziale Leben. Einmalige Ereignisse, wie studien- oder berufsbildungsbedingte Auslandsaufenthalte (Erasmus+), sind ersatzlos weggefallen. Feiern von Schul-, Berufs- und Studienabschlüssen fanden, wenn überhaupt, nur unter erheblichen Einschränkungen statt. Besonders junge Menschen mit geringeren Chancen erlebten Rückschläge in den Bereichen Bildung, Beschäftigung, und finanziellem Einkommen.

Daher begrüßt der Landtag die Initiative der EU-Kommission für ein „Europäisches Jahr der Jugend 2022“, welches diesen Erschwernissen entgegensteuern soll.

Die Landesregierung wird deshalb gebeten, diese Problematik besonders im Auge zu behalten und verstärkt darauf hinzuwirken, dass besonders der Übergang in die Ausbildung und in den Beruf gestärkt und dabei auch auf die Chancengleichheit geachtet wird.

Hartmut Hamerich
und Fraktion

Bernd Voß
und Fraktion

Stephan Holowaty
und Fraktion